

Vlado Vodopivec

Die Gewerkschaften im jugoslawischen System der Selbstverwaltung

In der Theorie verwendet man den Begriff der Selbstverwaltung für verschiedene Modelle industrieller Demokratie, welche die gesellschaftliche Macht des — sei es staatlichen, sei es privaten — Arbeitgebers auf die eine oder die andere Art einschränken und begrenzen sollten. In der Literatur bedeutet Selbstverwaltung auch die heutige Strategie der Gewerkschaftsbewegung, die eine sozialistische Umformung der Gesellschaft verfolgt. In diesen Ausführungen wurde als Ausgangspunkt die breitere begriffsmäßige Definition der Selbstverwaltung genommen. Ich fasse diese als spontane und bewußte Tendenz der schaffenden Menschen auf, ihr Interesse an höheren Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens wahrzumachen. Dies sollte das Mitwirken der Menschen bei Entscheidungen über gesellschaftliche Ziele und über die Position des Menschen innerhalb der Gesellschaft sicherstellen.

Aus dieser humanistischen Begriffsdefinition (deren wesentlicher Gehalt das Überschreiten der heute herrschenden Entfremdung des Menschen innerhalb einer industriellen Zivilisation ist) — folgt, daß die Selbstverwaltung ein historischer Prozeß ist, worin arbeitende Menschen, in verschiedenen sozial-historischen Bedingungen, durch ihre produktive Arbeit und mit ihrer gesellschaftlichen Aktion die Bedingungen schaffen, um sich von den heute herrschenden sozialen Abhängigkeiten und Untergeordnetheiten freizumachen.

Daneben und darüber hinaus aber ist die Selbstverwaltung auch Bewußtsein über die Möglichkeiten der Verwirklichung rationaler und gesellschaftlich nützlicher Ziele, über die Chancen und Risiken eines wissenschaftlich-technischen Fortschritts, ferner ein bewußtes Engagiertsein für derartige Alternativen und der gesellschaftlichen Aktion, welche die Resultate des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts auch als Bedingung gesellschaftlicher Entwicklung und des Fortschritts benützen und ausnützen.

Endlich aber ist die Selbstverwaltung ein System institutioneller Lösungen, das derartige Prozesse stimulieren und das gesellschaftliche Bewußtsein motivieren soll. Jedes Modell stellt eine besondere Gegebenheit eines konkreten sozial-historischen Raumes dar, weil die Elemente jedes Modells von der Gesamtheit politischer, gesellschaftlich-wirtschaftlicher, kultureller und historischer Bedingungen des gegebenen Raumes determiniert werden. Das Modell wird optimal sein, wenn es das Resultat theoretischer Erkenntnisse und praktischer Erfahrungen über die bestentsprechenden institutionellen Lösungen ist, wenn es für neue, kritische Erkenntnisse empfänglich ist und wenn es in der existenten sozialen Realität ununterbrochen und immer wieder verifiziert, kontrolliert und vervollständigt wird. Auf einer solchen Auffassung der Selbstverwaltung also gründet sich diese Darstellung des Platzes der jugoslawischen Gewerkschaften innerhalb der heute herrschenden Dilemmen der gesellschaftlichen Entwicklung.

Gegensätzlichkeiten in der Entwicklung der jugoslawischen Selbstverwaltung

Es mag paradox klingen, wenn wir heute — es ist nun 20 Jahre her, seit in Jugoslawien die ersten Arbeiterräte die bis dahin staatlichen Betriebe in ihre Verwaltung übernommen haben — sagen, wir stünden erst am Anfang der Selbstverwaltung. Der Entwicklungsgrad der Selbstverwaltung wird in unserem gesellschaftlichen Milieu manchmal stark überschätzt. Tatsächlich bildet das „Gesetz über die Verwaltung von staatlichen Wirtschaftsunternehmungen durch deren Belegschaften“ (1950) den Beginn eines politischen Kurses, der die Selbstverwaltung später immer stärker verankert hat, als

eine Grundkomponente der jugoslawischen gesellschaftlichen Entwicklung. Die Idee der Selbstverwaltung aber war schon ein Jahr vorher Stein des Anstoßes der politisch-ideologischen Kritik des hegemonistischen Drucks, der auf Jugoslawien ausgeübt worden ist. Dieser Druck wurde als Folgeerscheinung bürokratisch-etatistischer Auffassungen über den Sozialismus bezeichnet und bewertet. Eine derartige politische Kritik wurde jedoch möglich, weil der Druck in Richtung auf eine weitere Annäherung des jugoslawischen Systems der Zeit vor dem Jahre 1948 an das sowjetische und auf eine Integration, auf spontanen Widerstand an der sozialen Basis gestoßen war. Der Konflikt, der dann auf diesen Druck folgte, hat dann implicite auch Änderungen des jugoslawischen Modells gefordert.

Der politische Kurs „für die Selbstverwaltung“ hat gerade deswegen die absolut beste Unterstützung durch die Massen erfahren — obzwar er sich, noch recht bescheiden, nur auf Selbstverwaltung in Wirtschaftsunternehmen beschränkt hatte. Trotzdem aber war ein derartiger Kurs „ein Fremdkörper“ in einem politischen und gesellschaftlich-wirtschaftlichen System, das die Konzentration politischer und wirtschaftlicher Macht sanktionierte — in den Spitzen des Staates und der Partei. Länger als zehn Jahre forderten verschiedene politisch-programmatische Dokumente die stufenweise Reduktion der Macht des zentralen staatlichen Apparates, größere Zuständigkeitsbereiche für die gesellschaftlich-politischen Gemeinschaften der Republiken und insbesondere der Gemeinden, Stärkung der Selbstverwaltung in den Wirtschaftsorganisationen — und zu gleicher Zeit größere politische, wissenschaftliche und kulturelle Freiheiten — insbesondere aber Achtung der Menschenrechte und der menschlichen Persönlichkeit. Es sind auch einige normative und institutionelle Lösungen akzeptiert worden, welche diesen Forderungen zu entsprechen schienen — aber es kam, in diesen ersten zehn Jahren, zu keinen wesentlicheren Änderungen im politischen und im gesellschaftlich-wirtschaftlichen System. Die Kluft zwischen programmatischen Deklarationen und politischer Praxis wurde immer größer.

Die Gewerkschaften, die in der ersten Nachkriegszeit ein revolutionärer Faktor der Mobilisation der schaffenden Menschen waren, um das durch den Krieg stark verwüstete Vaterland rascher wieder aufzubauen und zu erneuern, haben sich dann in der darauf folgenden Stabilisations- und Stagnierungszeit zu einem Transmissionsriemen des Regierungs- und Parteiapparates umgebildet, über welche Regierung und Partei ihre Wünsche an die Mitgliedschaft der Gewerkschaften vermitteln konnten. Die Selbstverwaltung in den Wirtschaftsorganisationen, die sich ja erst zu entwickeln hatte, stagnierte und formalisierte sich, konnte sie doch nur über Randprobleme und weniger wichtige Dinge und Fragen entscheiden. Alle Entscheidungen, die nur irgendwie für die Situation des Menschen in der Arbeitswelt und für die Position der Arbeitsorganisation überhaupt von Belang waren, waren dem Direktor vorbehalten — dieser aber war Vertreter des staatlichen Apparates und diesem Apparat verantwortlich.

Die Ursachen für eine Situation, in welcher man stets zwar die politische Eingebundenheit und Begeisterung „für die Selbstverwaltung“ betonte, während in der Praxis die wichtigeren Anregungen für eine Weiterentwicklung der Selbstverwaltung blockiert waren, lagen in der unterentwickelten technisch-ökonomischen Basis, im unentwickelten Bewußtsein eines ziemlich großen Teiles der Arbeiterschaft und in der Heterogenität des jugoslawischen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Raumes. Das soll nicht heißen, daß es nicht doch zu gewissen Änderungen gekommen wäre: einige davon waren vielversprechend und haben sich zum Teil erhalten. Zu einem entscheidenden Umschwung kam es jedoch erst in den Jahren 1963 bis 1966. Personalveränderungen, die an der Spitze durchgeführt worden sind und gewisse politische Krisen, welche diesen Umschwung begleitet haben, sind von geringerer Bedeutung. Das wichtigste war, daß mit der Verfassung von 1963 sich ein Gesamtsystem gesellschaftlicher Selbstverwaltung abzuzeichnen

begann (und später die gesellschaftliche und wirtschaftliche Reform zu einer Grundorientierung in der Entwicklung dieses Systems wurde). Es sind neue Wege der politischen und gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung trassiert worden. Diese versprachen: größere Selbständigkeit und Initiative für die Wirtschaftssubjekte und deren Umstellung auf rationelles Wirtschaften, größere Verantwortlichkeit und Selbständigkeit der selbstverwaltenden Strukturen, weitere Änderungen im gesellschaftlich-politischen System, Möglichkeiten anwachsenden Einflußnehmens der schaffenden Menschen — aus Wirtschaft und NichtWirtschaft — auf das Bilden und Kreieren der gesellschaftlichen Politik, darüber hinaus auch größere Freiheiten auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Der Bund der Kommunisten verzichtete auf eine direkte Einflußnahme auf das Wirken staatlicher Organe und konstituierte sich als eine ideenpolitische Bewegung, die sich durch die Kraft und Überzeugungsfähigkeit ihrer Argumente behaupten kann, nicht aber durch staatlichen Zwang und mit Hilfe von Transmissionen. Das Selbstverwaltungs-System trat in eine neue Entwicklungsphase ein. Und in dieser Phase wurde die Rolle der Gewerkschaften bedeutend für das Wirken des Systems.

Die Gewerkschaften in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung

Die Verfassung von 1963 hat die Selbstverwaltung als ein komplementäres institutionelles System präzisiert, in welchem die Interessen der schaffenden Menschen verwirklicht werden können. Bestandteile dieses Systems sind: alle Vertretungskörperschaften gesellschaftlich-politischer Gemeinschaften — von der Föderation (dem Bunde) bis zur Kommune (Gemeinde), weiter die Selbstverwaltung in Wirtschaftsorganisationen und in anderen Arbeitsorganisationen und in deren Vereinigungen und Assoziationen, und schließlich die gesellschaftlich-politischen Organisationen. Die Behördenfunktion üben in allgemeingesellschaftlichen Angelegenheiten die Vertretungskörperschaften und diesen verantwortliche Organe aus. In allen anderen gesellschaftlichen Angelegenheiten aber entscheiden — indirekt oder direkt — die arbeitenden Menschen in den Selbstverwaltungsorganisationen. Wegen einer möglichst direkten Mitwirkung in der gesellschaftlichen Selbstverwaltung, wegen der Verwirklichung ihrer Bedürfnisse und Interessen und wegen des gegenseitigen Abstimmens dieser Interessen untereinander vereinigen sich die arbeitenden Menschen in Gewerkschaften und in anderen gesellschaftlich-politischen Organisationen.

Durch ein derartiges Grundschema, das dann in den folgenden Jahren noch im einzelnen ausgebaut worden ist, war die Struktur und das Funktionieren der Selbstverwaltung in der Gesellschaft festgelegt. Die Gewerkschaften haben im System der Selbstverwaltung den Platz eines relativ autonomen Faktors inne: ihre Aufgabe ist, die Selbstverwaltung in allen Institutionalstrukturen zu mobilisieren, anzuregen und zu organisieren, ihre recht verschiedenen Interessen und Bedürfnisse einander gegenüberzustellen und zu integrieren, und in jenen Institutionen, in denen politische Entscheidungen getroffen werden, die Verwirklichung der unmittelbaren Interessen der schaffenden Menschen zu präsentieren und zu begründen. Als freiwillige Organisation sind die Gewerkschaften ein gesellschaftlicher Entwicklungsfaktor der Selbstverwaltung, der sich nur mit der Unterstützung und Anregung seiner sozialen Basis realisieren kann.

Die Gewerkschaften sahen sich einer ganzen Reihe neuer, offener Probleme gegenüber: wie sollte man diese — qualitativ vollkommen neuartige — Rolle im System der Selbstverwaltung realisieren? Denn die bisherigen Konzeptionen über die Gewerkschaften, über deren Wirkungsmethoden und deren Organisation waren nicht verwendbar. Die neue autonome Position in der Gesellschaft forderte das Aufsuchen entsprechender Konzeptionen, und eine andersartige Praxis. Theoretische Diskussionen, welche insbesondere vor dem Kongreß der Union der Jugoslawischen Gewerkschaften im Jahre 1968 aufgekommen waren, und die auch nach dem Kongreß nicht abflauten, brachten eine

ganze Reihe unterschiedlicher Ideen und Gedankengänge hervor. Ich möchte vor allem zwei sehr charakteristische theoretische Konzeptionen erwähnen:

Die erste *funktionalistische Konzeption* will beweisen, daß die Gewerkschaften überhaupt keine bedeutendere gesellschaftliche Rolle mehr spielen: in den Vertretungskörperschaften und in den selbstverwaltenden Institutionen würden, mit unmittelbarer Teilnahme der schaffenden Menschen, alle Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung behandelt und gelöst; selbstverwaltend und demokratisch würden Gegensätze zwischen verschiedenartigen Interessen verschiedener sozialer Schichten geregelt; das System beginne schon automatisch zu funktionieren, so daß sich die Selbstverwaltung rational in ihrer eigenen Basis reproduziere. Darum und daher sei es notwendig, daß sich die Gewerkschaften als eine der funktionellen Institutionen innerhalb des Systems konstituierten. Am angebrachtesten sei es, sie übernahmen die Verantwortung und Sorge für einige soziale Probleme der arbeitenden Menschen, wie z. B. Arbeitsbedingungen, gesundheitstechnischer Schutz, Erholung und Rekreation und dergleichen, so daß sie der Gesellschaft gegenüber in erster Linie verantwortlich für die Lösungen dieser Fragen würden. Alle anderen Dimensionen ihres Wirkens würden nur zu Dysfunktionen eines Systems führen.

Die andere Konzeption nimmt sich für den *klassenbetonten Charakter* der Gewerkschaften ein. Eine derartige Organisation brauche die Arbeiterklasse, denn wegen der existenten Unterschiede in der technischen Arbeitsteilung und wegen der Unterschiede zwischen einzelnen Branchen und Arbeitsgebieten, unter den heute vorherrschenden Marktwirtschaftsbedingungen, setzen sich unbedingt und in jedem Falle zuerst und zunächst die Interessen der stärkeren sozialen Schichten durch, ebenso die Interessen der stärkeren und besser entwickelten Branchen und Gebiete. Mehr oder weniger implizit sieht diese Konzeption den Platz der Gewerkschaften außerhalb des Systems. Sie funktionieren als kritische Opposition einem System gegenüber, in welchem die Arbeiterklasse immer noch dem Druck der Bürokratie, der Technokratie, der sozial stärkeren Schichten usw. ausgesetzt ist. Vor diesem Druck könne sich die Arbeiterklasse nur durch eine kämpferische Klassenorganisation mit Erfolg schützen.

Das politische Denken und die Praxis stehen dauernd unter dem Druck dieser beiden Konzeptionen. Dies bewirkt Schwankungen in der Politik der Gewerkschaften, und auch gerechtfertigte Kritik daran, daß die Gewerkschaften außerstande seien, ihren entsprechenden Platz zu finden. Die erste Konzeption idealisiert das System der Selbstverwaltung, schreibt sie ihm doch die Fähigkeit zu, schon rational und automatisch alle heutigen Probleme lösen zu können im Interesse gesellschaftlichen Fortschritts und im Interesse der schaffenden Menschen. Seit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reform kamen fachmännisch wertvolle Arbeit, Fähigkeit, Unternehmungsgeist usw. zu höherem Ansehen. Es ist den führenden administrativen und technokratischen Strukturen immanent, ihre eigenen Interessen mit dem Interesse wirtschaftlicher Rentabilität um jeden Preis zu identifizieren, diese Interessen aber präsentieren sie als die allgemein gesellschaftlichen. In der Praxis kommt es vielfach vor, daß sich solche Interessen auch gegenüber und zu Lasten der Existenzinteressen der schaffenden Menschen durchsetzen.

Die zweite Konzeption gründet auf einer falschen Voraussetzung über die Art und Bedeutung der heutzutage herrschenden Gegensätzlichkeiten und Interessenverschiedenheiten innerhalb der Gesellschaftsstruktur. Es gab auch ehemals schon Interessenverschiedenheiten, aber auf einer unentwickelten gesellschaftlich-wirtschaftlichen Basis reproduzieren sie sich, und es wäre gefährlich, entstehende Gegensätzlichkeiten zu mißachten oder zu übersehen. Aber trotz ungenügender gesellschaftlich-wirtschaftlicher Entwicklung ist unter den heute herrschenden Umständen die einstige Arbeiterklasse immer weniger eine Klasse im klassischen Sinne dieses Wortes, und die anderen sozialen Schichten sind immer weniger „sozial privilegierte“ Schichten, sowohl im Wirtschaftssektor als auch in nicht-wirtschaftlichen Bereichen. Ihre objektive Position innerhalb der Gesellschaft hängt vor

allem von der Arbeit ab, die sie verrichten. Indessen ist das Interesse der Arbeiterklasse nach deren Emanzipation in der gesellschaftlichen Selbstverwaltung in den neuen Formen gegenseitiger Verhältnisse schließlich auch das Interesse aller. Dies soll nicht heißen, daß in unserer Gesellschaft keine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Monopole entstünden, die ihre eigenen Interessen absolutisieren und sie als Gesellschaftsinteressen zu präsentieren suchen. Derartige Monopole vertiefen die Unterschiede zwischen den einzelnen sozialen Schichten, Branchen und Arbeitsgebieten. Es ist offensichtlich, daß sie mit diesen Tendenzen den Prozeß der Selbstverwaltung behindern. Aber gerade die Gewerkschaften sind unter den Faktoren des gesellschaftlichen Kampfes gegen die Monopolisierung sozialer Macht.

Dies setzt voraus, daß die Gewerkschaften vor allem den arbeitenden Menschen zugewandt sind und sich bemühen, deren heutige materiellen, sozialen, kulturell-bildenden und anderen Bedürfnisse zufriedenzustellen. Das sind auch Bedingungen gesellschaftlichen Fortschritts, zur Überwindung der bestehenden Differenzen, zur Verwirklichung langfristiger Ziele der Befreiung des Menschen auf seine Autonomie hin, die eine optimale gesellschaftliche Kohäsion ermöglicht und gewährleistet. Außerdem setzt es voraus, eine weitgehende Autonomie der Gewerkschaften und deren Unabhängigkeit von staatlichen Organen und auch von anderen gesellschaftlich-politischen Organisationen.

Wenn die Gewerkschaften das ideenpolitische Programm des Bundes der Kommunisten akzeptieren, dieses Programm aber, seinem Wesen nach, zur Entwicklung der Selbstverwaltung hin orientiert ist, so ist ihre Autonomie dadurch nicht gefährdet. Zwischen beiden Organisationen soll und muß eine funktionelle und gleichberechtigte Koordination bestehen. Es ist aber vorgekommen und es wird auch weiterhin geschehen, daß es bei konkreten, einzelnen Bewertungen, Ansichten oder Standpunkten auch zu unterschiedlichen Auffassungen kommt, was aber nur zum besseren Erfolg in beiden Organisationen beitragen wird. Eine gleichartig autonome Position müssen die Gewerkschaften auch den selbstverwaltenden Institutionalstrukturen gegenüber haben, denn es ist unumgänglich, daß unter stärkerem Druck auch jene sich für solche politische Standpunkte entscheiden, die den Gewerkschaften als Sachwalter der Interessen aller arbeitenden Menschen nicht annehmbar erscheinen werden. Und schließlich müssen sie diese autonome Position auch Vertretungskörperschaften oder -Organen gegenüber bewahren. In diesem Sinne hat sich der 6. Kongreß des Bundes der Jugoslawischen Gewerkschaften im Jahre 1968 in seinem Statut und in verschiedenen programmatischen Dokumenten eine Plattform für sein politisches Wirken gesetzt. Es wäre vielleicht übertrieben zu behaupten, daß sich die Gewerkschaften mit einer solchen Plattform schon im gesellschaftlichen Leben behaupten; aber die Konturen des Wirkens der Gewerkschaften aufgrund dieser Plattform werden schon, stellenweise mehr, stellenweise weniger, sichtbar.

Wenn wir sagen, daß die heutigen Interessen der arbeitenden Menschen im Wirken der Gewerkschaften dominant sind, so meinen wir damit durchaus nicht, daß etwa die Gewerkschaften vor allen Dingen als Mandatare gegenüber anderen gesellschaftlichen Faktoren mit Forderungen auftreten sollen, daß diese Interessen realisiert werden müssen. Das ist zwar ihre Rolle, aber die Selbstverwaltung fordert ihr Wirken auf solche Art, daß die schaffenden Menschen mobilisiert und aktiviert werden, um dann innerhalb der bestehenden Institutionen selbst, durch ihre eigene Aktivität, diese Interessen zu verwirklichen. Die Stärkung der Selbstverwaltung bedeutet für die Gewerkschaften ein derartiges Wirken, das die Menschen aktiviert und sie bewußt macht, so daß sie mehr und mehr zum Subjekt der Bestimmung ihres eigenen Schicksals werden, daß sie zu einem solchen Verändern bestehender institutioneller Strukturen angespornt werden, daß sie (in den geänderten Strukturen) optimal ihre eigenen Interessen befriedigen können. In der gesamten gesellschaftlichen Praxis sollten sie diese Interessen als Zwischenziele erkennen und auffassen, Stationen auf der Bahn zur Verwirklichung allgemein gesellschaft-

licher Ziele, und damit auch ihrer eigenen, in der Zukunft. Dies ist eine Grundkomponente des Wirkens der Gewerkschaften, die durch die anderen Komponenten, die als Repräsentanten der Interessen arbeitender Menschen in Vertretungsorganen und anderen Strukturen auftreten, nur vervollständigt wird.

Es ist nicht möglich, genauer zu begründen, ob das System der Selbstverwaltung schon ein solches Wirken der Gewerkschaften ermöglicht — besonders auch der zahlreichen Dilemmen, Probleme und offenen Fragen wegen, die in unserer gesellschaftlichen Entwicklung bestehen. Wir sind der Meinung, daß nur ein derartiges Wirken dem Prozeß der Selbstverwaltung entspricht und daß, ohne dieses, die Perspektive der Selbstverwaltung fragwürdig erscheinen würde. Im Programm der Gewerkschaften haben wir in diesem Jahr sehr konkret und real als Prioritätsziele unseres Wirkens Aufgaben aufgestellt, die die Lage des Menschen betreffen, und zwar, was auf den ersten Blick als ein Schritt rückwärts erscheinen mag, Aufgaben in Richtung auf die klassische Schutzfunktion hin. Diese Aufgaben sind vor allem: konsequenter Schutz der unteren Einkommensgrenze, die, selbst mit Zustimmung der Selbstverwaltungsorgane, die Arbeitsorganisation nicht unterschreiten darf; entsprechendes Eintreten für die Preisstabilisierung, insbesondere bei grundlegenden Lebensgütern; Forderungen von Maßnahmen, die eine ungerechtfertigte soziale Differenzierung abschaffen, bzw. einer solchen entgegenwirken; die konsequente Sorge für die Beschäftigung derjenigen, die wegen Modernisierungen, Rationalisierungen oder Umstellungen ihre Arbeit verlieren; entsprechende Sorge für soziale Sicherheit, Erholung und Rekreation und dergleichen mehr.

Die Gesetzmäßigkeiten einer Marktwirtschaft stimulieren den Drang nach immer größerer Rentabilität, auch zu Lasten des arbeitenden Menschen. Dieses Problem wird noch multipliziert durch dringende Modernisierungsbedürfnisse und Rationalisierungsnotwendigkeiten und durch die Notwendigkeit, sich der neuen Technologie in Wirtschaftsbetrieben anzupassen. Das gesellschaftlich-wirtschaftliche System nach der Reform hat den Prozeß der Bildung einer sozialen Differentiation beschleunigt und begünstigt. Die einheimische sowohl als auch die ausländische Kritik hat da, wahrscheinlich zu voreilig, die Alarmglocke geschlagen und, sich auf solche Erscheinungen berufend, die jugoslawische gesellschaftliche Entwicklung als kapitalistische Deformation bezeichnet und bewertet. Wir konnten es wohl auch selbst feststellen, daß als Folge derartiger Erscheinungen bei einem ziemlichen Teil der Arbeiter die Apathie anwuchs, daß ihr Vertrauen in die Wirtschaftsreform sank. (Diese Reform ist zunächst an der sozialen Basis mit großem Optimismus aufgenommen worden). Ebenso wandten sich die Arbeiter auch von den Gewerkschaften ab, waren diese doch nicht sofort imstande, auf diese Erscheinungen entsprechend zu reagieren. Wir sind uns bewußt, daß eine unkontrollierte Dynamik der Marktwirtschaft immer größere soziale Unterschiede hervorbringen kann, daß sie die Einigkeit der Arbeiterschaft zersetzt und daß sie schließlich das System der Selbstverwaltung als solches anzugreifen und zu gefährden beginnt. Die Kritik reflektiert ganz richtig alle diese Gefahren. Aber deshalb können wir noch keine Vorschläge akzeptieren, nach denen wir zurückgreifen müßten auf die einst geübte Einschränkung und Begrenzung des Druckes von Marktgesetzen auf die Wirtschaftssubjekte. Wir sind davon überzeugt, daß wir ein vernünftiges Abwenden dieser negativen Randeffekte der Marktdynamik erzielen können, dadurch, daß wir die soziale Basis mobilisieren, sich solchen politischen und wirtschaftlichen Lösungen zu widersetzen, die zwar zum Schein günstige Resultate mit sich bringen, die sich aber unbedingt nach einer gewissen Zeitspanne als für die gesellschaftliche Entwicklung negativ erweisen. Außerdem sind wir der Meinung, es sei möglich, in das gesellschaftlich-wirtschaftliche System Korrektiva einzubauen, welche die Dynamik der Marktmechanismen vernünftig kontrollieren und orientieren, ohne sie jedoch stillzulegen oder zu blockieren. Aufgrund unserer zahlreichen Analysen kommen wir zur Erkenntnis, daß eine übertriebene und schädliche Sozial-

differenzierung außerhalb von objektiv und real aufgestellten Maßstäben der Einkommensverteilung entsteht, daß aber jeder Egalitarismus die Sozialgemeinschaft stärker desintegriert und den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt stärker entmutigt als es die Erscheinungen der Sozialdifferenzierung tun, soweit diese Differenzierung in der tatsächlichen Arbeit begründet ist.

Eine der negativen Folgen der Wirtschaftsreform war die Verschärfung der Gegensätze zwischen der führenden administrativ-technischen Struktur und der selbstverwaltenden Struktur in den Betrieben. Wegen des vom Markt kommenden Drucks und des Suchens nach möglichst großer Rentabilität, geschäftlichem Effekt und Rationalität, begannen sich in der administrativ-technischen Struktur auch Tendenzen zu zeigen, die Selbstverwaltung auf ein Nebengleis zu verdrängen oder, die Selbstverwaltung zwar zu akzeptieren, aber nur als politische Fassade. Und so sehen wir uns der Frage gegenübergestellt: wie soll man funktionell die Selbstverwaltung (als Legislative im Unternehmen) mit den Forderungen einer rationalen Arbeitsorganisation in Einklang bringen? Theorie und Praxis verlaufen bei uns schon seit einiger Zeit nach verschiedenen Modellen. Es ist uns bisher weder theoretisch noch praktisch gelungen, zufriedenstellende Lösungen zu finden. Aber wir können uns heute schon für eine „Synthese“ einsetzen, nämlich Synthese der modernen, fachmännischen Leitung des Produktionsprozesses und der Selbstverwaltung, die Träger der gesellschaftlichen Macht bleibt. Diese „Synthese“ aber muß auf voller gegenseitiger Verantwortlichkeit gegründet sein, auf hochgradiger Selbstständigkeit der einzelnen fachmännischen Arbeiter, auf einem System gegenseitiger Kontrolle, auf einem System möglichst vollkommener gegenseitiger Kommunikationen und Informationen, usw.

Bei Tendenzen technokratischen „Kommandierens“ und bei einem ungenügend entwickelten Bewußtsein der Beschäftigten verursachen diese Fragen Konflikte, die sich auch bis zum Streik entwickeln. Dies ist für manch einen verblüffend, nach der Ansicht einiger kann man sich nämlich Streiks in einem sozialistischen System überhaupt nicht denken. Trotzdem sind kollektive Streitfälle eine soziale Realität, und das Problem dieser Streitfälle war im Laufe der letzten Jahre bei uns wiederholt Gegenstand vieler politischer und theoretischer Debatten und Verhandlungen. Aufgrund einer Analyse kollektiver Streitfälle und Konflikte in den letzten Jahren sind wir zu der Meinung gelangt, daß ein Revoltieren der Arbeiterschaft, das seinen Höhepunkt in Arbeitsunterbrechungen erreichte, vielfach begründet und berechtigt war, aus Gründen, die innerhalb der Wirtschaftsorganisation liegen, oder auch aus äußeren Gründen. Unser heutiger Standpunkt ist, man solle in das Selbstverwaltungsrecht einige Mechanismen einbauen, die es noch vor einer Arbeitsunterbrechung ermöglichen würden, den Streitfall vernünftig beizulegen und die Ursachen zu entfernen, die zum Konflikt geführt haben. Vielleicht wäre es notwendig, derartige Mechanismen auch in das juridische System einzubauen, geht es doch vielfach um Streitfälle zwischen Betrieb und gesellschaftlicher Gemeinschaft. Es gibt natürlich auch Fälle, vor allem in kleineren Betrieben oder in Betriebsabteilungen, in denen die Arbeitsunterbrechungen nicht begründet oder unberechtigt sind (wegen unvernünftig egalitaristischer Forderungen, gewöhnlich bei halbländlicher Arbeiterschaft, d. h. einer solchen, wo die Arbeiter zugleich auch Bauern sind). In derartigen Fällen sehen die Gewerkschaften solche Streiks als Konflikte an, die ihre Gründe und Ursachen eigentlich in den objektiven und subjektiven Bedingungen einer ungenügend entwickelten Umgebung haben.

Unter den Problemen, denen wir uns gegenübergestellt sehen und die Folgeerscheinungen der Reform sind, ist auch die Erscheinung einer autarkischen Selbstverwaltung, die in krassem Gegensatz steht zum integralen Charakter der Selbstverwaltung und des technologischen Fortschritts, also im Gegensatz zu den gesellschaftlichen Interessen. Diese Erscheinung wird manchmal durch die günstige Position einzelner Wirt-

schaftssubjekte auf dem Markte angeregt, manchmal auch durch deren Verslossenheit und Kurzsichtigkeit. Ein allgemeiner Aspekt des gleichen Phänomens ist die autarkisch orientierte wirtschaftliche Sphäre, welche die anderen gesellschaftlichen Aktivitäten (wissenschaftliche, bildende und kulturelle) als „Verbraucher“ betrachtet. Der sogenannte Verbrauch ist eigentlich ebenso sehr eine Produktion, wie auch die Produktion ein Verbrauch ist. Nach der Reform haben sich derartige autarkische Tendenzen verstärkt, sie haben eine gesellschaftliche Desintegration verursacht und sind zu einer echten Gefahr geworden, sowohl für die Wirtschaft als auch für andere gesellschaftliche Tätigkeiten.

Bis jetzt sind wir im gesellschaftlich-wirtschaftlichen System noch zu keinen Lösungen gekommen, die wirklich wirksam derartige autarkische und desintegrierende Tendenzen aufhalten und einschränken würden. Wir können nicht damit einverstanden sein, daß die Lösung dieser Frage das zentrale Planen und Leiten der Wirtschaft sei. Wir sind vielmehr davon überzeugt, daß wir wohl innerhalb des gesellschaftlich-wirtschaftlichen Systems derartige institutionelle Lösungen finden werden, die zwangsweise zur funktionellen Verbindung sowohl einzelner Wirtschaftssubjekte untereinander führen werden als auch zwischen Wirtschafts- und Nichtwirtschaftsaktivitäten. Wir sind vor allen Dingen der Ansicht, es sei notwendig, auch die NichtWirtschaftsgebiete selbstverwaltend zu konstituieren und sie mit der Wirtschaft zusammen in eine Position gleichberechtigter gesellschaftlicher Subjekte zu bringen, die für die gesellschaftliche Entwicklung mitverantwortlich sind.

Die Organisationsstruktur der Gewerkschaften

Das Statut des Bundes der Jugoslawischen Gewerkschaften vom Jahre 1968 präzisiert das Organisationsprinzip der Gewerkschaften, von den Interessen des Arbeiters und seiner günstigeren gesellschaftlich-wirtschaftlichen und politischen Position ausgehend. Deshalb beginnt das Problem der Organisationellen Struktur der Gewerkschaften bei der gewerkschaftlichen Grundorganisation, in welcher sich die fundamentale Aktivität der Gewerkschaftsmitglieder abspielt. Diese Organisationen vereinigen sich untereinander, mit Rücksicht auf die Grundaufgaben der einzelnen Unternehmungen, in Sondergewerkschaften, welche ihre Organe nach Maßgabe der Notwendigkeiten in der Kommune (Gemeinde), in der Republik und in der Föderation (dem Bunde) haben. Gleichzeitig aber vereinigen sich diese auch horizontal: auf dem Gebiete der Kommune, auf dem Gebiete der Republik und in der Föderation zur Bundesunion der Gewerkschaften Jugoslawiens.

Jede Organisation und jede Organisationsgemeinschaft ist auf jedem Niveau in ihrem Wirken autonom, aber natürlich unter Rücksichtnahme auf die in höheren gewerkschaftlichen Organen akzeptierten Standpunkte. Diese Standpunkte sind bindend, wenn sie auf qualifizierte Art und Weise akzeptiert worden sind. Das Problem entsteht in den gegenseitigen Beziehungen zwischen fachlichen oder Sondergewerkschaften und dem Bunde der Gewerkschaften. Der Bund ist Koordinationsorgan, das Standpunkte einnimmt und akzeptiert, das Aktionen programmiert usw., die dann für die gesamte Mitgliedschaft der Gewerkschaften und ebenso auch für alle Gewerkschaftsorganisationen verbindlich sind. Die Mißverständnisse und Meinungsverschiedenheiten entstehen nun gerade darüber, welches wohl jene Fragen seien, welche die Interessen aller Gewerkschaftsmitglieder betreffen und über welche daher der Bund der Gewerkschaften zu entscheiden habe.

Wir sind der Meinung, daß die Gewerkschaften einheitliche Allgemeinziele haben und verfolgen und daß darüber, welches diese Ziele sind, alle Gewerkschaften zu beschließen und zu entscheiden haben. Diese Konzeption geht davon aus, daß das fundamentale

Interesse der Mitgliedschaft aller Gewerkschaften einheitlich sei, obzwar es sich, unter verschiedenen Bedingungen, auf verschiedenen Gebieten und in verschiedenen Branchen, verschiedenartig präsentiert. Man kann in den Gewerkschaften nicht nach einer optimalen Befriedigung von Einzelinteressen und Einzelzielen trachten, die zu Lasten des Großteils der Mitgliedschaft ginge oder die Interessen dieses Großteils vernachlässigen oder gefährden würde. Nur so können sich die Gewerkschaften als ein Faktor durchsetzen und behaupten, der die Solidarität aller arbeitenden Menschen zu erreichen anstrebt, und eine solche Solidarität, so glauben wir, ist die Motivierung einer progressiven gesellschaftlichen Entwicklung. Außerdem und zu gleicher Zeit können die Gewerkschaften nur mit einer derartigen einheitlichen Politik zu einem Faktor gesellschaftlicher Integrierung werden, die durch unkontrollierte Folgeerscheinungen der Marktwirtschaft gefährdet erscheint.

Ich bin mir dessen vollauf bewußt, daß in der Erklärung und Darlegung dieser Aspekte sehr viel Ideologisches enthalten ist. Aber die Ideologie ist bei uns sehr hypertrophiert, und diese Hypertrophie ist oftmals in den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Entwicklung begründet. Man muß nämlich vor Augen haben, daß in unseren Bedingungen die Selbstverwaltung keine objektive Notwendigkeit ist, die wir empirisch erkennen, was vielleicht für eine entwickeltere industrielle Welt gelten könnte. Unsere Gesellschaft ist, wegen des ungenügenden Entwicklungsgrades ihrer technischen und wirtschaftlichen Basis, ihres niedrigen Standards, ihrer schlechten Bildungsstruktur usw. (das sind Hypotheken der Geschichte, die uns von anderen auferlegt worden sind), immer noch in einer Phase revolutionären Gärens, und deshalb ist die Selbstverwaltung wohl auch unsere „konkrete Utopie“, die wir anstreben. Diese brauchen wir aber, sofern wir nicht einfach bereit sind, uns in eine höher entwickelte Welt zu versenken und darin aufzugehen bzw. zu verschwinden. Wir brauchen sie, wenn wir in dieser Welt gleichberechtigt mitwirken wollen, ohne gegen sie zu wetteifern, ohne sie aber auch nur einfach zu imitieren, sondern vielmehr so, daß wir unseren bescheidenen Anteil zum gesellschaftlichen Fortschritt beitragen.¹⁾

1) Eine Zusammenfassung der sich an dieses Referat auf der Tagung „Gewerkschaftstheorie heute“ anschließenden Diskussion findet sich auf Seite 431 dieses Heftes.